



Niederschrift

2. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Ordnung und Sicherheit

Sitzungstermin:	Dienstag, 01.10.2019
Sitzungsbeginn:	18:00 Uhr
Sitzungsende:	18:57 Uhr
Ort, Raum:	Raum 3.025, Haupthaus, Fr.-Ebert-Str. 79/81

Anwesend sind:

Ausschussvorsitzender

Herr Daniel Friese	AfD	Sitzungsleitung
--------------------	-----	-----------------

Ausschussmitglieder

Herr Uwe Adler	SPD	
Herr Leon Troche	SPD	
Frau Marie Schäffer	Bündnis 90/Die Grünen	ab 18:05 Uhr
Herr Fabian Twerdy	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Ralf Jäkel	DIE LINKE	
Frau Anna Lüdcke	CDU	
Frau Dr. Anja Laabs	DIE aNDERE	

sachkundige Einwohner

Herr Tino Henning	DIE LINKE
Herr Karsten Dornhöfer	
Herr Wolfgang Geist	
Herr Lars Gindele	
Herr Helmut Lange	
Herr Peter Roggenbuck	

Beigeordnete

Frau Brigitte Meier	Geschäftsbereich 3
---------------------	--------------------

Nicht anwesend sind:

Ausschussmitglieder

Frau Jana Schulze	DIE LINKE	entschuldigt
-------------------	-----------	--------------

zusätzliches Mitglied

Frau Dr.med. Carmen Klockow	Bürgerbündnis	entschuldigt
-----------------------------	---------------	--------------

sachkundige Einwohner

Herr Tamás Blénessy	DIE aNDERE	entschuldigt
---------------------	------------	--------------

Gäste:

Frau Marina Kluge

Frau Nicole Prestin

Herr Dr. Guido Schielke

Frau Martina Spyra

Fachbereich Ordnung und Sicherheit

Bereich öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger

Bereich Veterinär- und Lebensmittelüberwachung

Schriftführerin

Tagesordnung:**Öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des
öffentlichen Teils der Sitzung vom 03.09.2019 / Feststellung der öffentlichen
Tagesordnung
- 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
 - 3.1 Abfallgebührensatzung 2020
Vorlage: 19/SVV/0868
Oberbürgermeister, Fachbereich Ordnung und Sicherheit
 - 3.2 Sitzungskalender 2020
Vorlage: 19/SVV/0921
Stadtverordneter Heuer als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung
- 4 Mitteilungen der Verwaltung
 - 4.1 Unterbringung von Fund- und Verwahrtieren
- 5 Sonstiges

Niederschrift:**Öffentlicher Teil****zu 1 Eröffnung der Sitzung**

Begrüßung und Eröffnung der Sitzung durch den Ausschussvorsitzenden, Herrn Daniel Friese.

**zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des
öffentlichen Teils der Sitzung vom 03.09.2019 / Feststellung der
öffentlichen Tagesordnung**

Herr Friese stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.
Zu Beginn der Sitzung sind 7 von 9 stimmberechtigten Mitgliedern anwesend.

Somit ist die Beschlussfähigkeit des Ausschusses gegeben.

Herr Friese stellt die Niederschrift zur Sitzung vom 03.09.2019 zur Abstimmung.

Die Niederschrift wird **einstimmig bestätigt**.

Anschließend bittet Herr Friese um Abstimmung über die vorliegende Tagesordnung.

Die Tagesordnung wird **einstimmig bestätigt**.

zu 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 3.1 Abfallgebührensatzung 2020

Vorlage: 19/SVV/0868

Oberbürgermeister, Fachbereich Ordnung und Sicherheit

Frau Prestin (Bereich öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger) bringt die Drucksache ein und gibt Erläuterungen.

Herr Jäkel bringt einen Ergänzungsantrag ein, den er an alle Ausschussmitglieder als Tischvorlage ausreicht und begründet diesen.

Des Weiteren bittet er die Verwaltung um einen Sachstand, wie die Umsetzung der Abfallentsorgung per Gewichtsfeststellung durch einen Chip erfolgt.

Frau Kluge (FB Ordnung und Sicherheit) erklärt, dass es sich bei der Gebührenkalkulation um eine Mischkalkulation handelt. In den Kosten sind auch die Kosten für die Mitarbeiter und den Einsatz der Fahrzeuge enthalten. Auch wenn einzelne Abfalltonnen nicht entleert werden, sind die Fahrzeuge und die Mitarbeiter im Einsatz.

Des Weiteren macht sie deutlich, dass es eine sehr engagierte Abfallberatung in der Landeshauptstadt Potsdam gibt, die auch Beratungen zur Vermeidung von Abfall durchführt.

Sie erklärt, dass die STEP von der LHP nur die Kippungen bezahlt bekommt, die auch erfolgt sind. Diese Gutschriften werden dann den entsprechenden Gebührengruppen gutgeschrieben.

Bei längerer Abwesenheit kann man sich generell von den Grundgebühren befreien lassen.

Herr Jäkel betont, dass damit auch die zu entsorgende Müllmenge geringer ist. Er betont, dass er mit einer geringeren Leistungsgebühr umgehen können, auch wenn diese nicht exakt linear wäre.

Herr Adler verweist auf die Solidargemeinschaft. Und betont, dass die Ausführungen von Frau Kluge für ihn nachvollziehbar sind. Außerdem könnte Herr Jäkels Vorschlag dazu führen, dass dann mehr Abfall illegal im Wald landet. Deshalb ist aus seiner Sicht der Ergänzungsantrag nicht erforderlich.

Frau Kluge betont, dass der eingesparte Betrag so gering wäre, dass er keine wirkliche Einsparung ergibt. Da die Entsorgungstouren trotzdem durchgeführt werden müssen, würden diese Kosten weiterhin vorhanden sein. Sie macht auch deutlich, dass die Bürger sehr darauf achten, ihren Abfall sauber zu sortieren und die Abfallmengen damit etwa gleich bleiben.

Der Aufwand für die Berechnung wäre wesentlich höher als die möglichen Einsparungen. Die gesamte Abrechnung müsste umgestellt werden.

Herr Twerdy regt an darüber nachzudenken, wie die Bürger motiviert werden können, Müll zu sparen.

Er fragt, ob es zum Beschluss der Stadtverordnetenversammlung zur Gelben Tonne Plus schon Berichtenswertes gibt.

Frau Prestin erklärt, dass der Vertrag mit dem Dualen System noch bis zum Ende des Jahres 2021 läuft. Bis dahin kann es keine Änderung des jetzigen Sammelsystems geben. Ab 2020 wird jedoch mit der Prüfung begonnen.

Herr Roggenbuck macht darauf aufmerksam, dass man die Restabfallgebühren auch durch die Tonnengröße steuern kann. Er bittet um Informationen zur Optimierung der Touren. Hier besteht aus seiner Sicht ein Einsparungspotenzial.

Frau Kluge erklärt, dass versucht wird, in Straßengebieten eine relativ einheitliche Abholung durchzuführen, um so die Touren zu optimieren. Hier werden auch Einzelgespräche durch die Mitarbeitenden der Abfallentsorgung mit den Bürgern geführt. Sie betont, dass auch die STEP ein hohes Interesse an der Optimierung der Touren hat.

Frau Dr. Laabs spricht den Bio-Müll an und fragt wie hoch der Anteil an nicht biologischen Stoffen in den Biotonnen ist und wie dieses Problem gelöst wird. Des Weiteren fragt sie, inwiefern hier eine mehrsprachige Aufklärungsarbeit stattfindet, da es aus Ihrer Sicht diesbezüglich einen entsprechenden Bedarf gibt.

Frau Prestin erklärt, dass es in Potsdam beim Bioabfall Fehlwürfe von ca. 2 % gibt. Das ist ein sehr gutes Ergebnis. Laut Entsorger ist die Abfallqualität sehr gut. Auch die STEP kontrolliert bei der Abholung und nimmt Biotonnen nicht mit, in denen Fremdadfall festgestellt wird.

Bezüglich der Aufklärungsarbeit teilt Frau Prestin mit, dass die Abfallberater in Schulen und Flüchtlingsunterkünften sowie in allen Einrichtungen, die Bedarf haben, unterwegs sind und aufklären.

Es gibt auch Piktogramme auf den Tonnen, die erklären, was in die Tonne darf. Auch entsprechende Flyer werden ausgereicht. Des Weiteren weist sie darauf hin, dass auch die großen Wohnungsgenossenschaften informiert sind.

Herr Henning fragt, ob vor der Verbrennung des Restmülls nochmal sortiert wird.

Frau Prestin erklärt, dass dieser ohne weitere Sortierung verbrannt wird. Auf Nachfrage, wann welcher Vertrag ausläuft, teilt Frau Prestin mit, dass für die Abfallverwertung Restabfall und Sperrmüll sowie für die Verwertung von Bioabfall ein europaweites Ausschreibungsverfahren läuft. Der Vertrag für die Restabfall- und Sperrmüllverwertung wird bis zum 31.12.2023 und für die Bioabfallverwertung bis zum 31.12.2022 mit der Option der Verlängerung bis zum 31.12.2023 geschlossen. Zwischen der STEP und den Dualen Systemen besteht ein Vertrag bis Ende 2021, der die Sammlung der Leichtverpackungen in der gelben Tonne regelt.

Herr Friese bittet zunächst um Abstimmung über den Ergänzungsantrag von Herrn Jäkel.

Ergänzungsantrag:

Die Satzung ist im § 5 Gebührensatz Absatz (2) an seinem Ende zu ergänzen:

Werden Restabfallbehälter gelegentlich nicht bereitgestellt und nicht entleert, so vermindert sich die Leistungsgebühr Restabfall entsprechend linear.

mit 1 Zustimmung, 6 Ablehnungen und 1 Enthaltung **abgelehnt**.

Anschließend stellt Herr Friese die vorliegende Drucksache zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Ordnung und Sicherheit empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Abfallentsorgung der Landeshauptstadt Potsdam (Abfallgebührensatzung) 2020 gemäß Anlage.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich **angenommen**.

zu 3.2 Sitzungskalender 2020

Vorlage: 19/SVV/0921

Stadtverordneter Heuer als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung

Herr Jäkel macht darauf aufmerksam, dass sich vier der sechs geplanten Sitzungstermine mit den Sitzungen des SBWL-Ausschuss überschneiden, in dem er ebenfalls Mitglied ist.

Er bittet zur nächsten Sitzung des Ausschusses für Ordnung und Sicherheit einen Vorschlag zu unterbreiten, wie dem entgegengewirkt werden kann.

Das betrifft folgende Sitzungen:

Dienstag, 25. Februar 2020

Dienstag, 08. September 2020

Dienstag, 27. Oktober 2020

Dienstag, 24. November 2020

Frau Lüdcke weist darauf hin, dass dies auch andere Ausschüsse betrifft.

Herr Jäkel schlägt vor, die genannten Sitzungen einen Tag später als im Sitzungskalender aufgeführt, durchzuführen.

Da dies aufgrund der Überschneidung mit den Sitzungen des Hauptausschusses oder des Ausschusses für Finanzen nicht möglich ist, beantragt Herr Jäkel um Überweisung in den Ältestenrat zur Überarbeitung.

Herr Friese stellt den Antrag von Herrn Jäkel zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

mit 7 Ja-Stimmen und einer Enthaltung **mehrheitlich angenommen**.

Somit ist die Drucksache zurückgestellt.

zu 4 Mitteilungen der Verwaltung

zu 4.1 Unterbringung von Fund- und Verwahrtieren

Herr Dr. Schielke (Bereich Veterinär- und Lebensmittelüberwachung) informiert, dass die Landeshauptstadt Potsdam für die Erfüllung der Pflichtaufgabe zur Aufnahme und Betreuung von Fund- und Verwahrtieren am 05.11.2018 einen Vertrag mit dem Tierheim Zossen für das Jahr 2019 geschlossen hat. Dieser

Vertrag enthält zwei Verlängerungsoptionen um jeweils ein Jahr.
Er teilt mit, dass im Jahr 2018 insgesamt 149 Potsdamer Tiere darunter 73 Hunde, 46 Katzen und 30 Heimtiere im Tierheim Zossen versorgt wurden
Das Tierheim Zossen betreut seit Ende 2014 die Fund- und Verwahrtiere zur vollen Zufriedenheit der LHP und erhält für diese Leistung pro Jahr 92.400 Euro
Andere Optionen für die Versorgung der Fund- und Verwahrtiere in oder um Potsdam sind nicht vorhanden. Auch der Stand des Ausbaus eines Tierheims durch den Tierschutzverein Potsdam und Umgebung e.V. in der Michendorfer Chaussee ist für eine Beteiligung an einem Vergabeverfahren zur Fund- und Verwahrtierbetreuung noch nicht geeignet.
Aus diesem Grund soll von der Option der Verlängerung des Vertrages mit dem Tierheim Zossen Gebrauch gemacht werden.
Auf Nachfrage erklärt Herr Dr. Schielke, dass es sich hier nur um Haustiere handelt, da Wildtiere in die Zuständigkeit des Jägers fallen.
Auf die Nachfrage zur Zusammenarbeit mit dem Verein Tierrettung Potsdam antwortet er, dass es eine Zusammenarbeit im Bedarfsfall gibt, eine vertragliche Zusammenarbeit aber nicht besteht.

Herr Jäkel fragt, ob es zur Schaffung von Klarheit eine Möglichkeit der Veröffentlichung gibt, wohin sich Bürger wenden können, wenn sie verletzte Wildtiere wie z.B. Igel oder Vögel finden.

Herr Dr. Schielke betont, dass eine entsprechende Liste bei der Einsatzzentrale des Außendienstes des Ordnungsamtes, bei Tierärzten oder der Feuerwehr vorhanden ist.

Frau Dr. Laabs macht deutlich, dass es nicht damit getan ist. Es gibt keine klare Regelung, wie damit umzugehen ist. Bevor die Tiere vermittelt werden, muss eine Erstversorgung durch einen Tierarzt erfolgen. Hier sieht Frau Dr. Laabs eine Verantwortung bei der Kommune, da dies bisher alles ehrenamtlich erfolgt. Sie betont, dass es um Platzfragen aber vorwiegend auch um Kompetenzfragen geht. Frau Dr. Laabs teilt mit, dass es einen massiven Anstieg an Igel gibt, die Versorgung benötigen.

Frau Meier sieht hier das Land in der Pflicht. Sie weist auch darauf hin, dass die Diskussion an einer anderen Stelle geführt werden muss. Der BUND für Naturschutz erhält ihres Wissens nach dafür eine Landesförderung.

Herr Dr. Schielke weist darauf hin, dass es sich um eine freiwillige Aufgabe handelt.

Herr Gindele fragt, ob es kein Tierheim in der Nähe gab und ob das Tierheim Potsdam bereits an den Ausschreibungen beteiligt war.

Herr Dr. Schielke erklärt, dass die einzige Rückmeldung auf die Ausschreibung durch das Tierheim Zossen erfolgt war. Das Potsdamer Tierheim befindet sich noch im Bau. Die Tierunterkünfte reichen für die Versorgung der Potsdamer Fund- und Verwahrtiere noch nicht aus.

Der Tierschutzverein Potsdam und Umgebung e.V. kann sich im kommenden Verfahren beteiligen. Deshalb hat sich die LHP für die kurze Ausschreibungsfristen entschieden. Der Tierheimrat wird aktiv bei der kommenden Ausschreibung beteiligt.

zu 5 Sonstiges

Nächste Sitzung des OSG-Ausschusses: 26. November 2019, 18:00 Uhr

**Daniel Friese
Ausschussvorsitzender**

**Martina Spyra
Schriftführerin**